

## **Antrag**

der AfD-Fraktion

### **Gastronomie entlasten – Mehrwertsteuersatz für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen dauerhaft auf 7 Prozent absenken**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass der verminderte Mehrwertsteuersatz für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen beibehalten und dauerhaft auf 7 Prozent abgesenkt wird.

### ***Begründung***

Die Gastronomie- und Hotelbranche in Berlin steht vor einer existenziellen Bedrohung. Allein in den Corona-Jahren 2020 und 2021 hat die Branche aufgrund der pandemiebedingten Umsatzeinbrüche deutschlandweit 36.000 Unternehmen verloren.<sup>1</sup> Nach drei Verlustjahren in Folge haben die heimischen Restaurants und Hotels immer noch nicht die Umsätze vor der Corona-Krise erreicht. So liegen die inflationsbereinigten Umsätze nach Angabe des Statistischen Bundesamtes im 1. Quartal 2023 immer noch 10,4% unter denen des 1. Quartals 2019, also vor Ausbruch der Pandemie.<sup>2</sup>

Hohe Energie- und Lebensmittelpreise sowie steigende Personalkosten verursachen einen enormen Kostendruck in den Betrieben. Das führt dazu, dass die meisten Betriebe sinkende

---

<sup>1</sup> [DeHoGa Bundesverband](#), aufgerufen am 16.11.2023.

<sup>2</sup> [Statistisches Bundesamt](#), aufgerufen am 16.11.2023.

Erträge verzeichnen. So zeigt eine aktuelle Studie des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), dass die Gewinne im Gastgewerbe im Jahr 2022 um 46,8% gegenüber 2021 eingebrochen sind. Die Umsatzrendite sank von 8,3% auf 3,9%.

Obwohl Lebensmittel und Getränke in besonderem Maße von der hohen Inflation betroffen sind, will die Bundesregierung den reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7 % für Speisen in der Gastronomie zum Ende des Jahres auslaufen lassen und auf den regulären Satz von 19 % anheben. Dieser drastische Anstieg würde viele Betriebe in große Schwierigkeiten bringen und die ohnehin schwierige Lage der Branche weiter verschärfen.

Es ist zu befürchten, dass viele Berliner Gastronomen und Hotelbetreiber, die immer noch unter den Folgen der Ausgangssperren während der Corona-Krise leiden, infolge der Steuererhöhung ihr Unternehmen aufgeben müssen. Denn die Steuererhöhung wird die dramatisch gestiegenen Kosten in der Branche weiter erhöhen. Die Personalkosten haben um über 21 % zugenommen, während die Inflation bei Lebensmitteln über 17 % und bei Energie sogar über 21 % beträgt. Im Jahr 2022 sind die Gewinne in der Gastronomie im Vergleich zum Vorjahr um fast die Hälfte eingebrochen.<sup>3</sup> Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer entsteht daher eine akute Insolvenzgefahr für viele Betriebe. Eine Entlassungswelle droht.

Die drohende Mehrwertsteuererhöhung hätte neben den wirtschaftlichen Folgen auch verheerende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben und den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Restaurantbesuche würden durch die Erhöhung mindestens 11% teurer und damit für noch größere Teile der Bevölkerung unerschwinglich. Auch die Bereitstellung von gesundem Essen in Kindertagesstätten und Schulen würde durch die Mehrwertsteuererhöhung erheblich erschwert.

Eine Mehrwertsteuererhöhung hätte jedoch nicht nur negative Auswirkungen auf die unternehmerische, kulinarische und soziale Vielfalt in unserer Stadt, sondern auch auf die Beschäftigungssituation in der Branche. Weniger Gäste bedeuten weitere Umsatzeinbußen, und leere Tische führen zu Insolvenzen. Zudem würde die Ungleichbehandlung von Restaurants im Vergleich zu Supermärkten, Tankstellen und Lieferdiensten, die weiterhin den reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7 % genießen, den Wettbewerb verzerren.

Eine Steuererhöhung zum 1. Januar 2024 wäre eine Katastrophe für die Berliner Gastronomen und würde zu einem Preisschock für die Gäste führen – mit fatalen Folgen für die Gesellschaft, den Staat und die Gastgeber. Der verminderte Mehrwertsteuersatz von 7 % für die Gastronomie muss dauerhaft erhalten bleiben.

Berlin, den 16. November 2023

Dr. Brinker Gläser Hansel  
und die weiteren Mitglieder der AfD-Fraktion

---

<sup>3</sup> [Süddeutsche Zeitung](#), aufgerufen am 16.11.2023.